

Antrag C04: Gleichwertig, gerecht, gestärkt - Für eine kraftvolle Strukturpolitik in Ostdeutschland

Antragsteller*in:	DGB-Bezirksvorstand Sachsen, DGB-Bezirksvorstand Nord, DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen, DGB-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg, DGB-Bezirksvorstand Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

1 Der DGB setzt sich für gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse in ganz
2 Deutschland ein. Auch mehr als 35 Jahre nach der Deutschen Einheit bleibt es
3 notwendig, die spezifischen Herausforderungen und Potenziale der ostdeutschen
4 Bundesländer mit einer umfassenden Strukturpolitik zu adressieren. Diese muss gezielt
5 auf die regionalen Problemlagen eingehen und durch eine verlässliche regionale
6 Strukturförderung unterstützt werden. Ziel ist es, tarifliche, gute und mitbestimmte
7 Arbeitsplätze zu schaffen, die regionale Wertschöpfung zu stärken und zukunftsfähige
8 wirtschaftliche Perspektiven zu entwickeln.

9 Viele Regionen Ostdeutschlands haben seit der Wiedervereinigung eine beachtliche
10 wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen. Diese Erfolge sind vor allem auf das
11 Engagement und die Leistung der Beschäftigten zurückzuführen. Dennoch bestehen
12 weiterhin erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West. Abwanderung,
13 Fachkräftemangel, eine geringe Tarifbindung und niedrigere Löhne prägen vielerorts
14 den Arbeitsmarkt. Hinzu kommt, dass viele Unternehmen im Osten nach wie vor
15 verlängerte Werkbänke westdeutscher oder internationaler Konzerne sind – strategische
16 Entscheidungen, Forschung und Entwicklung, sowie anschließende industrielle
17 Skalierung finden selten vor Ort statt. Gleichzeitig hat sich die öffentliche Hand
18 insbesondere aus Teilen des ländlichen Raums zurückgezogen, was die soziale Spaltung
19 vertieft. Diese Entwicklungen tragen zu Verunsicherung bei und bilden einen Nährboden
20 für rechtspopulistische Kräfte wie die AfD, die soziale und wirtschaftliche Ängste
21 gezielt instrumentalisieren.

22 Gerade in dieser Zeit braucht es starke Gewerkschaften als Stabilitätsanker in einer
23 sich wandelnden Welt. Betriebliche Mitbestimmung und Tarifverträge sichern nicht nur
24 faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen, sie ermöglichen Beschäftigten auch, ihre
25 Arbeitswelt aktiv mitzugestalten. Mitbestimmte und tarifgebundene Betriebe sind
26 nachweislich produktiver, innovativer und besser für die Zukunft gerüstet. Die
27 zunehmenden Angriffe auf Mitbestimmung und die Tariffucht vieler Unternehmen
28 verurteilen wir entschieden. Arbeitgeber und Politik müssen sich klar und
29 unmissverständlich zur betrieblichen Mitbestimmung und zu Tarifverträgen bekennen.

30 Der DGB fordert eine starke ostdeutsche Strukturpolitik, die regionale
31 Strukturförderung gezielt nutzt, um Wertschöpfung, Beschäftigung und öffentliche
32 Daseinsvorsorge nachhaltig zu sichern. Dazu gehören auch zusätzliche Angebote im
33 öffentlichen Nah- und Regionalverkehr sowie die Reaktivierung von Bahnstrecken mit
34 Bundes- und Landesmitteln. Gute Strukturpolitik muss proaktiv gestalten, statt nur
35 auf Krisen zu reagieren. Auch zukünftig sind verstärkte Investitionen in tariflich

36 gebundene, gute und mitbestimmte Arbeitsplätze, in Forschung und Entwicklung sowie in
37 die soziale und technische Infrastruktur notwendig– insbesondere im ländlichen Raum.
38 Bund und Länder müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen, um zukunftsfähige
39 Perspektiven für vom Strukturwandel betroffene Beschäftigte, Branchen und Regionen zu
40 schaffen. Gewerkschaften spielen dabei eine zentrale Rolle: Sie müssen die
41 Transformation vor Ort aktiv mitgestalten, die Interessen der Beschäftigten sichern
42 und den Anspruch auf gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse in ganz
43 Deutschland konsequent einfordern.

44 Der DGB fordert aktives gemeinsames Handeln, um die industrielle Wertschöpfung zu
45 sichern und auszubauen - mit verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen,
46 Ansiedlungen und Beschäftigung. Aus diesen Gründen ist ein klares Bekenntnis zur
47 Industrie und dem Erhalt von industriellen Arbeitsplätzen notwendig. Ohne eine
48 erfolgreiche Industrie und Wirtschaft können wir unseren Wohlstand weder sichern noch
49 steigern. Für die Industrie ist ein leistungsfähiger Schienenverkehr ein zentraler
50 Standortfaktor. Modernisierung, Kapazitätsausbau und Elektrifizierung des
51 Schienennetzes sowie die Förderung der Güterbahnen müssen daher integrale
52 Bestandteile der Strukturpolitik sein.

53 Bezahlbare Energie und ein schneller, verlässlicher Ausbau sämtlicher
54 Energieinfrastrukturen sind zentrale Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit der
55 ostdeutschen Industriestandorte. Der DGB fordert den ambitionierten Ausbau der
56 erneuerbaren Energien, der Strom- und Wasserstoffnetze und Speichertechnologien
57 ergänzt durch eine Kraftwerksstrategie, die auch den zukünftigen Energiebedarf zu
58 wettbewerbsfähigen Preisen der ostdeutschen Industriestandorte sicherstellt. Die
59 Wirtschaft und die Beschäftigten brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit als
60 Grundlage für Investitionssicherheit. Das stärkt auch die Akzeptanz der Kolleginnen
61 und Kollegen im Strukturwandel. Es gilt, die Energiewende sozial auszugestalten und
62 bezahlbare Energiepreise für die Verbraucherinnen und Verbraucher sicherzustellen.

63

64 **1. „Gute Arbeit“ als Voraussetzung für die Förderung**

- 65 • Fördermittel und öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen und
66 Projektträger fließen, die Beschäftigungs- und Standortgarantien bieten. Zudem
67 ist von den Förder- bzw. Auftragnehmern zu verlangen, dass diese Tarifverträge
68 anwenden, Mitbestimmung ermöglichen sowie Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung
69 fördern. Wir werden erörtern und ein Positionspapier erarbeiten, inwiefern es
70 aus gewerkschaftlicher Perspektive – insbesondere vor dem Hintergrund der
71 demografischen Entwicklung – sinnvoll sein kann, öffentliche
72 Unternehmensförderungen aus nationalen Strukturmitteln zu unterstützen, auch
73 wenn dadurch keine neuen Arbeitsplätze entstehen, aber bestehende gesichert
74 werden können. Eine solche Förderung darf nur für tarifgebundene und
75 mitbestimmte Unternehmen gewährt werden, in denen tarifvertraglich abgesicherte
76 Konzepte zum Standorterhalt und zur Beschäftigungsentwicklung vorliegen.
- 77 • Angesichts aktuell schwacher Investitionen und einer ungünstigeren Demografie
78 sind Innovationen und die Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige

79 Produkte und neue Geschäftsmodelle von entscheidender Bedeutung für die
80 Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland. Immer noch sind die Ausgaben für
81 Unternehmensforschung in Ostdeutschland deutlich unterdurchschnittlich, häufig
82 existieren in Ostdeutschland reine Produktionsstandorte, die in Krisenzeiten
83 leicht zur Disposition gestellt werden. Ein Ziel muss es daher sein, Forschungs-
84 und Entwicklungsarbeitsplätze in ostdeutschen Niederlassungen anzureizen.

85 **2. Sicherung der regionalen Strukturförderung für Ostdeutschland**

- 86 • Der DGB fordert, dass die Neubestimmung der Strukturschwäche und damit die
87 Neuaufteilung der Fördergebiete in der Förderperiode der EU-Strukturfonds ab
88 2027 nach klaren Kriterien erfolgt, die sicherstellen, dass die Fördermittel für
89 Übergangsregionen und damit für weite Teile Ostdeutschlands nicht gekürzt
90 werden.
- 91 • Die Strukturförderung der EU, des Bundes und der Länder muss aufgestockt werden,
92 insbesondere der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+).
- 93 • Bund und Länder müssen mögliche Kürzungen der EU-Mittel durch eigene Mittel
94 ausgleichen.
- 95 • Die Umsetzung der Förderprogramme muss weiterhin regional erfolgen, um die
96 strukturellen Besonderheiten Ostdeutschlands zu berücksichtigen. Sollte die
97 Umsetzung der Förderprogramme doch zentralisiert werden, ist es wichtig, dass
98 die Bundesländer weiterhin einen hohen Einfluss ausüben können. Sie kennen die
99 regionalen Stärken und Schwächen am besten und können diese daher mit gezielter
100 Förderung unterstützen.
- 101 • Der DGB ist als Partner in die Umsetzung der Förderprogramme einzubinden. Dafür
102 sind professionelle und verbindliche Begleitstrukturen über den gesamten
103 Programmzyklus und über alle Ebenen hinweg einzurichten.
- 104 • Geförderte Projekte müssen Investitionen, Innovationen und gute Arbeit vor Ort
105 stärken. Die zuständigen Behörden sind in der Verantwortung, die Projekte in der
106 Bevölkerung stärker bekannt zu machen und den gesellschaftlichen Mehrwert
107 herauszustellen.
- 108 • Die ostdeutschen Bundesländer dürfen beim neu geplanten EU-Fonds für
109 Wettbewerbsfähigkeit nicht aufgrund ihrer vergleichsweise kleinteiligeren
110 Betriebsstruktur benachteiligt werden.

111

112 **3. Ostdeutsche Spezifika gezielt bearbeiten. Und daraus für alle lernen.**

- 113 • Vor allem aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und fehlender Perspektiven
114 sind seit 1990 viele, vor allem junge Menschen, aus Ostdeutschland abgewandert.
115 Eine Entwicklung, die sich, nach kurzer Unterbrechung, seit 2023 weiter
116 fortsetzt. In den letzten 35 Jahren ging die Bevölkerung um fast 15 Prozent
117 zurück. Dies hat nicht nur erhebliche Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot,
118 das zudem älter wird, sondern auch auf die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.
119 Der DGB fordert, dass diesen besonderen Herausforderungen mit innovativen,
120 regionalen Lösungen zu begegnen ist.

- 121 • Menschenzentrierte Automation ist einer der großen Hebel, um die Wertschöpfung
122 bei niedriger werdendem Arbeitskräfteangebot zu steigern. Dabei müssen die
123 Beschäftigten und ihre Vertretungen stets mitbestimmen.
- 124 • In den kommenden Jahren wird das Thema Unternehmensnachfolge in Ostdeutschland
125 weiter an Brisanz zunehmen. Der DGB fordert, mehr Ansatzpunkte zu
126 identifizieren, mit denen im Generationenübergang Arbeitsplätze erhalten und die
127 vergleichsweise kleinteiligere Wirtschaftsstruktur überwunden werden kann. Dabei
128 muss der Blick auf die Perspektive der Beschäftigten gelegt werden. Und auch
129 alternative Eigentumsformen, wie Genossenschaften stärker in den Blick genommen
130 werden.
- 131 • Für eine erfolgreiche Bewältigung der industriellen Transformation ist es
132 notwendig, dass auch der Staat als aktiver Wirtschaftsakteur auftritt. In
133 mehreren ostdeutschen Bundesländern wird über staatliche Beteiligungen und
134 Investitionsfonds diskutiert. Beschäftigungspolitisch bedeutsame Unternehmen,
135 die in ihrer Existenz bedroht sind, müssen über einen gewissen Zeitraum
136 finanziell stabilisiert werden, um kurzfristig Arbeitsplätze zu sichern. Diese
137 Ansätze wollen wir wohlwollend begleiten und die Einbindung der Sozialpartner
138 sowie die Bindung an Kriterien „Guter Arbeit“ einfordern.

139

140 **4. Stärkung gewerkschaftlicher Beratungs- und Bildungseinrichtungen**

- 141 • Der DGB setzt sich dafür ein, dass mehr arbeitswissenschaftliche Forschung und
142 arbeitsorientierte Projekte durchgeführt werden.
- 143 • Die gewerkschaftlichen Bildungs- und Beratungseinrichtungen müssen längerfristig
144 durch eine institutionelle Landesförderung abgesichert werden.
- 145 • Technologieberatungsstellen sind in Abstimmung mit den regionalen Strukturen neu
146 einzurichten bzw. zu stärken.

147

148 **5. Gewerkschaftliche Positionierung und Vernetzung:**

- 149 • Der DGB-Bundesvorstand informiert und berücksichtigt bei Positionierungen zur
150 regionalen Struktur- und Wirtschaftspolitik in den ostdeutschen Bundesländern
151 die Perspektiven der DGB-Bezirke und der Mitgliedsgewerkschaften.
- 152 • Er organisiert Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den
153 Besonderheiten der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur und fördert die Vernetzung
154 gewerkschaftlicher und weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure, um die
155 gewerkschaftlichen Ziele der regionalen Strukturförderung gemeinsam zu
156 erreichen.